

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
Deutschlands: H. Mosse, Haerstein & Vogler, G. L. Daube,  
Invalideubank. Berlin: Bernh. Arndt, Max Gerstmann.  
Eberfeld W. Thienes. Greifswald G. Mies. Halle a. S.  
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothbaar, A. Steiner,  
William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. F. Wolff & Co.

eingeleitet haben, doch scheint ziemlich sicher zu sein, daß eine absichtliche Brandstiftung durch

Die „*Soln. Ztg.*“ schreibt: Die jüngsten Ministerreden in Berlin, London und Paris haben erkennbar die Einigung der Großmächte in der kretischen Frage wesentlich gefördert. So sehr jene ministeriellen Auslassungen im Einzelnen den örtlichen Anschauungen angepasst waren, so stimmen sie doch im Ganzen nicht nur in der Verwerfung der Einberufung Kretas durch Griechenland, sondern auch darin überein, daß der unangabbar gewordene Zustand auf der Insel Kreta durch eine Art Autonomie unter Erhaltung der Oberhoheit des Sultans zu erlösen, zunächst aber dem europäischen Frieden bedrohenden völkerrrechtswidrigen Vorgehen Griechenlands ein Ende zu machen sei. Daß die gleiche Auffassung in Petersburg und Wien besteht, war schon vorher bekannt. Auch darüber scheint keine Meinungsverschiedenheit unter den Mächten mehr zu bestehen, daß, wenn Griechenland dem Drängen der Mächte weiteren Widerstand leisten sollte, die von Deutschland vorgeschlagene Blokade griechischer Häfen das wirksamste Mittel bilde, um diesen Widerstand zu brechen.

Das Wiener „Fremdenblatt.“ erklärt gegen über den unrichtigen Nachrichten von einer angeblich geplanten Besetzung Kretas durch Italien, sowie von einer bereits erfolgten Aufkündigung des Ultans zu Vorschlägen der Mächte betr. eine Autonomie Kretas, daß seines Wissens ein solcher Schritt überhaupt nicht gethan worden sei. Die Pourparlers der Mächte versprechen ein baldiges Einverständniß über die in der letzten Tages mehrseitig übereinstimmend entwickelten Punkte. Das „Fremdenblatt.“ erfährt ferner aus Petersburg, daß eine Zirkular, welche Kriplands ergangen sei, die auf Grundlage der Erhaltung des staatlichen Verbandes zwischen Kreta und der Türkei sowie der Erhaltung des türkischen Reiches überhaupt ein Gunstigung der Mächte betreffend eine Autonomie Kretas zum Gegenstande hat. Der Anschlag der Kabinette auf diese Auffassung würde als Grundlage und Vorbedingung für die sofortige Aufforderung an Griechenland dienen, die griechischen Truppen von Kreta zurückzuziehen und der Aktion der Mächte das Feld zu überlassen.

In Frankreich scheinen die Gefühle für Griechenland nicht mehr so warm zu sein. Der „Temps“, der wieder einmal sich in einer schärferen Sprache gegen Griechenland wendet, fordert zugleich die deutsche Regierung auf, nicht allzu pedantisch an ihrem Vortöge litzeltanzbar und nicht durch einen Streit um Worte einen werthvollen Afford zu zerstören. Alles deutet erfindlichweise darauf hin, daß Deutschland solchen Fehler nicht begehen werde. Man werde eine Formel finden, welche zweifellos die legitime Empfindlichkeit des Kaisers schonen und zugleich der civilisirten Welt die Genugthuung geben werde, Kreta definitiv besetzt zu sehen. — Der „Jour“ fordert die kammern und das kabinett zu kürzen, um Kanotagen durch die Botthafter Gambon zu erzengen, der in konstantinopel beweise seiner Energie gegeben habe. Die ganze Opposition klammert sich sehr an den Namen Gambons.

Aus Rom wird gemeldet, daß Menotti Garibaldi in einem offenen Brief an einen Garibaldiner Oberst erklärt hat, er sei bereit im Namen der heiligen Ideale von Neuem in den Kampf für Völkerefreiheit zu ziehen, nämlich für Randia.

aus Konstantinopel lauten die neuesten Meldungen dem geftrigen Tage: Durch die fortwährenden Alarmnachrichten aus Macedonien wird die Lage hier immer kritischer. Die Fortwärtung der verfügbaren Truppen nach Macedonien Privatnachrichten aus Rodosto melden, daß dort ein ganzes Armeecorps aus Kleinasien eintreffen um zu Fuß die Bahn nach Saloniki zu erreichen. Konjurnachrichten zufolge zu dem Fort: die Verstärkung an der griechischen, bulgarischen, serbischen und montenegrinischen Grenzwache, um etwaigen Einfällen bis zur Ankunft des Militärs widerstehen zu können. 30 000 bewaffnete Albanesen sollen in Macedonien stehen. — Nach Adrianopel sollen Sendungen von Waffen und Munition abgegangen sein als Vorschlagsmaßregel gegen eine etwaige Aktion aus Bulgarien; ein gleiches soll an der serbischen Grenze erfolgen. — Nach einer geftrigen offiziellen Mittheilung werden nicht 64, sondern 7 Infanteriebataillone von Kleinasien nach Saloniki und Monastir geschickt. Morgen sollen bereits 9 Bataillone zum Transport mittelst Bahn bereit sein. Die Veranzugabe von Mäusergewehren wurde entgültig beschlossen. Der Marineminister verlangt 5000 Mäusergewehre. Ein Transport soll sich nach Skreta abgeganen.

Weitere Mittheilungen besagen:  
 Athen, 24. Februar. Eine hier eingegan-  
 gene Depesche aus Nanea von heute Mittag mel-  
 det, der Kommandant des von Eritia ankomen-  
 den englischen Schiffes „*Coni*“ habe telegraphisch  
 mitgetheilt, daß die Nachtzeit, 104 Türken sei-  
 von der christlichen Bevölkerung ermordet, die  
 Begründung entsehe. — Nach einer Depesche  
 aus Nanea von heute Vormittag stürzte bei dem  
 Brande des Regierungsgebäudes der Weichthran-  
 des Gouverneurs herab und wurde zertrüm-  
 mert. Türktische Offiziere und Soldaten beabsichtig-  
 ten die 7000 Pfund an sich zu nehmen, welche die  
 Geldkammer enthielt; europäische Offiziere er-  
 hoben hiergegen Einspruch. Von türkischer Seite  
 wurden die fremden Seelenleute des Diebstahls be-  
 schuldig, die Untersuchung ergab jedoch, daß die  
 Aufheubung vollkommen unbegründet war.  
 Um die Muselmanen fern zu halten, waren die  
 Seelenleute gezwungen, von den Waffen Gebrauch  
 zu machen. Der Vorfall hätte beinahe zu einer  
 Kollision zwischen Türken und Europäern geführt.  
 Während des Brandes des Regierungsgebäudes  
 wurde ein italienischer Matrose schwer ver-  
 letzt. — In Salepa sollen Angriffe von So-  
 daten und Muselmanen auf Christen stattgefunden  
 haben.

Manca, 24. Februar. Heute kurz vor Tage  
anbrich loderten im hiesigen Konal (Kor-  
mandontur) Flammen auf. Das Gebäude w-  
bald eingestürzt, trotz der Bemühungen d-  
christlichen, öfterreichen und italienischen Lö-  
mannschaften. Nur der Flügel, in dem sich d-  
Gerichtshöfe befanden, wurden gerettet. G-  
Matroze und ein türkischer Offizier wurden be-  
wundet. Die Ursache des Brandes ist un-  
kannt, obwohl die stupseln eine Unterzucht

eingeleitet haben, doch scheint ziemlich sicher zu sein, daß eine absichtliche Brandstiftung durch den muslimanischen Böbel vorliegt, der durch die Beschließung am Sonntag frech geworden, seine Führer zu thätigerer Politik gegen die Christen anspornen wollte. Mufhawir erklärte heute, man hatte diesen Brand schon vor einigen Tagen gedroht, doch deutete er den Konjulen gegenüber an, es seien verdorbene griechische Offiziere gewesen (?), die den Brand legten. Jedenfalls steht man der heutigen Nacht mit Angst entgegen, da Gerüchte über die Erneuerung der Brände umlaufen, zumal die Türken heute Nachmittag drei große christliche Häuser vor den Thoren Kaneas unter den Augen der fremdländischen Matrosen geplündert und eingeäschert haben. Nach Chalappa fahren jede Nacht Muselmanen aus der Stadt und plündern die verlassenen Christenhäuser; doch dürfen die oberhalb Chalappas stehenden bewaffneten Christen keinen Schritt zur Rettung thun und die Flotten thun ebenfalls nichts. Unzweifelnd wird die Lage der Muselmanen, die in Kandano belagert sind, täglich enger. In Folge der jüngsten Haltung der Großmächte gegenüber den Christen wollen die Belagerer sie nicht herauslassen, und somit dürfen jene Muselmanen die Freiheit ihrer Landschaft in Kanea büßen. Der britische Konjull in Methmo brachte heute, daß ein Theil der Muselmanen sich für die griechische Annexion erklärt habe. Gleichzeitig haben andere Muselmanen Kerymos in entgegengesetztem Sinne gebrachet. Die angebliche Niedernebelung von Muselmanen durch Christen in Sitia wird heute offiziell durch den Kommandanten der englischen Kriegsschiffe, die dorthin entsandt wurden, widerzulegen.

Der **König von Württemberg** vollendet heute sein 49. Lebensjahr. Zu Anfang des K. württemberg fand gestern in dem prächtig geschmückten Festsaale des Kaiserhofes eine größere Tafel unter dem Vorsitze des Geheimes Freierherrn von Varnbüler statt. — Der Zustand des erkrankten vortragenden Mitglieds in der Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes, **Wiel.** **Legationsraths Sonnenstein**, hat sich bedauerlicher Weise in der letzten Zeit bedächtig verschlimmert, daß, wie mehrfach berichtet wird, seine Ueberführung in eine Anstalt sich als notwendig erwiesen hat. — **Staatssekretär Dr. von Stephan** ist durch eine leichte Lungenaffektion seit etwa acht Tagen aus Zimmer gefesselt. — Der **Kammergerichtsrath Rudolf Bauer** hat, wie die „Post“ hört, seine Dienstentlassung nachgesucht und gedenkt mit dem 1. April d. J. in den Ruhestand zu treten. Er ist als solcher etwa neun Jahre im Amte. — Der **frühere Reichsfänger General Graf Caprivi** vollendete gestern sein sechsmündiges Lebensjahr. Er lebt auf dem Rittergute Styren bei Stroß im engsten und stillsten Familienkreise und erfreut sich nach wie vor der besten Gesundheit. — Der **preussische Versicherungsbeitrag** ist jetzt zum 29. März zu seiner ersten Sitzung einberufen worden. Diese findet im Ministerium des Inneren statt. — Eine **polnische Schülerin** der höheren Schölerzhalle zu Kremsien ist wegen einer sehr unehrenhaften Aeußerung über Kaiser Wilhelm I., die sie sich ihrem Zeichenlehrer gegenüber bei einer Zeichenvorlage erlaube, aus der Anstalt verwiesen worden. — Der **Ausbruch der Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Anstalt zu Karlsruhe** beschloß, ein Notenvotalegentenheim für männliche Arbeiter mit einem Gesamtaufwand von circa 800 000 Mark den Marzell zu errichten. — Das **Vesicht der Landesausstellung zu Nürnberg** überschreitet nicht 10 Prozent des Garantiefonds. — Der **Oberpräsident von Preußen, Graf Wilhelm Bis-** **marck**, erwiderte, nach der „Königsb. Hartungs-“ **den** „Post“, am Sonntag auf dem ihm von der Provinz im Landhause gegebenen Festessen auf die warme und freundschaftliche Ansprache des Geheimraths v. Hülffes n. a.: „Es wird noch wie vor mein Betreten sein, die Provinz mit ihre Bewohner gründlich kennen zu lernen, aber auch von ihnen kennen gelernt zu werden. Die nähere gegenseitige Bekanntschaft ist durchaus erforderlich, sie wird hoffentlich zu meist erfreulichen Ergebnissen führen. Insofern, es kann auch mal anders kommen. Daß ich noch nicht genügend gefannt werde, haben mir Vorgänger des letzten Jahres gezeigt. Es ist eine alte Regel, daß Leute, die Jemandem nicht wohl wollen — und die wird es immer in ausreichender Anzahl geben —, ihm für sein Verhalten gerade dreienigen Beweggründe unterzulegen suchen, die er nicht gehabt hat, und die seinen Charakter völlig widerstreben. Darüber rege ich mich nicht weiter auf, weil ich es aus altprognis kenne, weil ich, lange schon im öffentlichen Leben stehend, daran gewöhnt bin. Wenn irgendwer es ist, wenn solche Verurtheile bei Personen Glauben finden, von denen man annimmt, gekannt zu sein, und die sich ohne Schwierigkeit Nachdenken die Grundlosigkeit jener Verurtheile klarmachen und ihren Zweck durchschauen könnten. Sollen trotzdem einmal Zweifel obwalten, so empfehle ich die persönliche Aussprache. Alles, was ich für Jedermann zu sprechen und zu geneigt, eine Ausnahme zu machen bei Besprechungen die aus allen Instanzen wohlgegründete schriftliche Bescheide erhalten haben und nun von den mächtigen Wirkung ihrer Persönlichkeit noch eine Veränderung erhoffen, zu der ich selbst gar nicht befaßt bin.“

**Deutschland.**  
Berlin, 25. Februar. Zum 50jährigen Negierungs-Jubiläum des österreichischen Kaisers das im nächsten Jahre stattfindet, plant der Verein der Oesterreicher in Berlin eine große Aktion, an der sämtliche außerhalb Oesterreich lebenden österreichischen Angehörigen theilnehmen sollen. Ueber die Art dieser Aktion wird, wie die „N. A. Z.“ meldet, noch strengstes Geheimniß bewahrt. Nach dem zwischen dem Repäsentanten des Vereins und dem österreichisch-ungarischen Vizekanzler Herrn v. Szögenny die Angelegenheit durchberathen war, ist der Repäsentant des Berliner Vereins der Oesterreicher in Wien eingetroffen, um dem Grafen Solonowsky die Sache vorzutragen. Dienstag hat der österreichische Minister des Aeußern dem Kaiser Franz

Joseph über die Angelegenheit Bericht erstattet und die Genehmigung des Monarchen eingeholt. — Aller Voraussicht nach wird der Reichstag von Sonnabend bis Donnerstag seine Sitzungen unterbrechen.

— Zum Antrage des Zentrums des Aufhebung des Jesuitengesetzes wird der „Lib. Storr.“ zufolge folgender Wänderingstrang eingebracht werden, für den sich schon früher die Abg. von Bennigsen, Adert und Graf Limburg-Stürm erklärt haben: „Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden; wenn sie Inländer sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten verweigert oder angewiesen werden.“

— Die Abgg. Brüll u. Gen. haben im Abgeordnetenhause den Antrag eingebracht, die Staatsregierung zu ersuchen, gegenüber der Thatsache, daß die Fährten über den Kaiser Wilhelm-Kanal ihren Zweck nicht erfüllen, mit möglichster Beschleunigung Maßnahmen zu treffen, durch welche entsprechende Abhülfe geschaffen wird. Der Abg. Feilich hat eine Interpellation eingebracht, ob eine Vorlage, welche den am 3. August 1896 veröffentlichten Gesetzentwurf, betreffend die Organisation des Handwerks, als Grundlage hat, noch heute den Ansichten der königlichen Staatsregierung entspricht und demnächst dem Reichstage vorgelegt wird.

— Die Reichstagskommission für das Handelsgesetzbuch setzte ihre Beratungen über die Handlungsgehilfen gestern fort. Im zweiten Absatz des § 62 ist bestimmt, daß sich der Handlungsgehilfe den erhaltenen Betrag aus der Krankens- oder Unfallversicherung anrechnen lassen muß, nachdem ihm im ersten Absatz der Anspruch auf Gehalt und Unterhalt zugebilligt wurde. Hierzu wurde ein Antrag des Abg. Nienbock angenommen, den zweiten Absatz ganz zu streichen, desgleichen ein Antrag der Abgg. Baffermann und Wundt-Seber, als Absatz 2 anzufügen: Eine Vereinbarung, die dieser Vorchrift zuwiderläuft, ist nichtig. § 63, welcher die Zeit der Gehaltszahlung auf spätestens am Schluß des Monats festsetzt, wurde ebenfalls mit dem nationalliberalen Antrag, daß zuwiderlaufende Vereinbarungen nichtig sind, angenommen. Die §§ 64—69 werden nach der Regierungsvorlage glatt angenommen. § 70, welcher von den Gründen handelt, die den Handlungsgehilfen zur Kündigung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist berechtigen, regte zu längeren Erörterungen an. Schließlich wurden die Äußerungen des Centrums angenommen, hinter „Tätigkeiten“ noch die Worte „unwürdige Zumuthungen“ zu setzen, sowie bursugutungen Ziffer 5 „wenn der Prinzipal sich weigert, den Handlungsgehilfen gegen derartige Handlungen anderer Angestellter oder Familienangehöriger zu schützen“. § 71 handelt von den Gründen der Prinzipale zur Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist. Es wird hierzu ein Antrag Trägers, hinter Prinzipal, „oder dessen Stellvertreter“ einzuschließen, angenommen, dagegen der Centrumsantrag, „wenn sich der Handlungsgehilfe einem unsittlichen Lebenswandel ergiebt“ abgelehnt. § 72 regelt die Forderung eines Zeugnisses. Ein nationalliberaler Antrag, wonach statt der Worte „bei dem Abgange“ zu setzen ist: „Zum Tage der Kündigung an oder bei oder nach dem Abgange“, wird abgelehnt und der Paragraph nach der Regierungsvorlage angenommen. Heute wird die Beratung fortgesetzt.

— Schwierige gesetzgeberische Aufgaben können, wie die Verhältnisse zur Zeit liegen, in der Regel nur durch gegenseitiges Entgegenkommen gelöst werden. So ist das Zustandekommen des Lehrerbefolgungsgesetzes, wie der Herr Unterrichtsminister in der Einführung des Abgeordnetenhauses mit Recht bemerkt, ein im weitgehendem Entgegenkommen aller Faktoren der Gesetzgebung, der Designation auf Wünsche und Ansichten, betreffs deren eine Verständigung ausziatlos erschien, zu danken. Was insbesondere die Regierung anlangt, so ist sie den Wünschen des Abgeordnetenhauses, in Bezug auf Erhöhung der Dienstalterszulagen und denen des Herrenhauses auf Verminderung der Befugnisse der Schultheitungen zu Gunsten der Selbstverwaltungsbörden weit entgegengekommen. Sie hat aber auch von vornherein diejenigen Punkte fest bezeichnen, welche, wie eine Erhöhung des Grundgehalts des gleichzeitiger Erhöhung der Dienstalterszulagen und die Wenderung des Systems der letzteren, für sie unannehmbar waren, und der Landtag hat auf die weitere Verfolgung seiner Wünsche im Interesse des Zustandekommens der Vorlage mit weiser Designation verzichtet. Es ist dringend zu wünschen, daß der allseitig befriedigende Ausgang der Verhandlungen über das Lehrerbefolgungs-gesetz dazu beiträgt, für die weitere Behandlung der Beamtenbefolgungsvorlage dieselbe Methode zur Anwendung gelangen zu lassen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß auch hier ein positives Ergebnis ernstlich gefährdet wird, wenn die verschiedenen Parteien harr auf ihrem ursprünglichen Standpunkte stehen bleiben und nicht die Quant zu einer Verständigung bieten. Der Regierung darf man nach dem Vorgange bei dem Lehrerbefolgungs-gesetz weitgehendes Entgegenkommen zutrauen; sie wird ohne Zweifel soweit darin gehen, als sie es mit ihrer Verantwortung vereinigen kann. Was sie aber trotzdem als unannehmbar bezeichnet, wird darum nach dem Vorgange bei dem Lehrerbefolgungs-gesetz auch innerhalb der Landesbetreffung als nicht annehmbar angesehen und aufgegeben werden müssen, wenn anders diese nicht die Verantwortung für das Scheitern der ganzen Vorlage übernehmen will. Hier liegt augenscheinlich das für den weiteren Verlauf und den Ausgang der Sache entscheidende Moment; alles hängt davon ab, ob die weiteren Verhandlungen von demselben Geiste der Mühsamkeit und der Zurückhaltung unerfüllbarer Wünsche getragen sein werden, welcher mit so großem Erfolge bei den Verhandlungen über das Lehrerbefolgungs-gesetz betätigt worden ist.

— Im Reichsamt des Innern trat am 20. d. M. auf Einladung des Reichskommissars für die Pariser Weltausstellung, Geheimen Regierungsrath Dr. Richter, die für die Vorbereitung der kunstgewerblichen Abtheilung Deutschlands gebildete Kommission zusammen. Nachdem der Reichskommissar die Versammlung begrüßt und in kurzen Zügen das französische Ausstellungsprogramm skizziert hatte, entwickelte er die A.

gaben und Ziele, welche für die kunstgewerbliche Vertretung Deutschlands aus den besonderen Verhältnissen erwachsen, wie sie die Größe des internationalen Wettkampfes, die Vörschtheit des Ausstellungsaums und die besonders hohe Entwicklung des französischen Kunstgewerbes mit sich führten. Insbesondere wurde die Notwendigkeit einer sorgfältigen Sichtung der Ausstellungsgegenstände, sowie das einheitliche und geschlossene Auftreten des gesamten deutschen Kunstgewerbes ohne Unterbrechung nach regionalen Gesichtspunkten betont. Diese Gedanken fanden volle und uneingeschränkte Zustimmung in der Versammlung. Für das weitere praktische Vorgehen wurde die Einsetzung eines Arbeitsausschusses von 12 Mitgliedern, welcher sich je nach den in Betracht kommenden örtlichen oder solchen Eingeladungen, die seiner Bearbeitung unterliegen werden, zu ergänzen und seine Sitzungen je nach den vorliegenden Aufgaben an den Zentren des deutschen Kunstgewerbes abzuhalten haben wird. Im weiteren Verlaufe der lebhaften Diskussion wurde die Methode der Gewinnung hervorragender Arbeiten auf den mannigfachen Gebieten des kunstgewerblichen Schaffens: so für die Keramik und die Glasindustrie, für die Gold- und Silberschmiedekunst, für die Bronze-Industrie, die Kunstgegenstände, Möbelindustrie u. s. w. erörtert. Die mehrstründigen Verhandlungen, welche einen ersten Gedankenauustausch über den Umfang der Aufgabe, die zur Verfügung stehenden Mittel und die Methode des Vorgehens enthielten, vertiefen in anregendster Form und haben sicher manches Samenfeldon angeregt, von dem der reiche Frucht zu eroffen ist.

— Der Verein deutscher Portland-Zementfabrikanten hat gestern im Architektenhause zu Berlin unter Vorsitz des Dr. Deibrick-Stettin zu seiner 20. Generalversammlung zusammen. Den Verhandlungen wohnten Mitglieder aus ganz Deutschland bei. Dr. Deibrick erstattete nach einer Ansprache den Jahresbericht. Der Verein, der dem großen Deutschen Verein für Fabrikation von Ziegeln, Thonwaren, Kalk und Zement<sup>1</sup> als Nebenverein angehörit, befehzt zur Zeit aus 81 Firmen, die in 291 Antheilen eine gemeinschaftliche Produktion von 14 550 000 faß bestellten. Für Wiederholung und Ergänzung der Meerwasserversuche sind dem Verein vom Ministerium für öffentliche Arbeiten 1000 Mark überwiesen worden; der Verein hat hierüber dem Minister einen Bericht erstattet, auf den hin eine Kommissionsberatung im Ministerium stattfand, woran als Vertreter des Ministeriums Geh. Oberbaurath Lange, Geh. Baurath Gieseler, Baurath Eger und Regierungsbaumeister Krag, vom Verein Dr. Deibrick und Dr. Gieseler, ein Vertreter der Erzgubnen und Dr. Wiegandt theilnahmen. Auf eine Anfrage des Ministers für öffentliche Arbeiten hat der Verein sein Gutachten dahin abgegeben, daß bei Befreiungen für Staatsbauten fortan der Zement nicht mehr nach Last oder Tonnen, sondern nach Gewicht berechnet werde, jedoch sollen dadurch die Normen für einheitliche Forderung und Prüfung von Portland-Zement nicht verüßert werden. Das Normalfaß ist zu 180 Kilogramm, das halbe Faß zu 90 Kilogramm Bruttogewicht berechnet, außerdem soll auch in Breterfaßern à 45 Kilogramm geliefert werden. Auserhalb dieser Normenpackung soll die in einzelnen Gegenden Deutschlands bestehende größere Packung von 200 Kilogramm Brutto zünftig sein. Jedes Faß muß die Bezeichnung der Fabrik tragen und mit genauer Gewichtsangabe versehen sein. Auf eine Anfrage des Handelsministers über die Zwilling der Handels- und Zollverträge hat der Verein dem Minister eine Denkschrift überreicht, worin eine Herabsetzung der ausnähmlichen Hölle auf mindestens 50 v. H. gewünscht wird, dann sollte die deutsche Zementindustrie vorläufig auf den deutschen Eingangszoll verzichten. Der Verein hat ferner an den Bundesrath eine Eingabe gegen die Erhöhung des Holles auf Faßfläße von 20 Pf. auf 3 Mark für 100 Kilogramm gerichtet. Hierauf ist ihm unterm 2. Dezember v. J. vom Staatssekretär des Innern der Bescheid zugegangen, sich an die oberste Landesfinanzbehörde zu wenden, und falls die Bemühungen erfolglos sein sollten, die erhaltenen Bescheide ihm noch einmal zu unterbreiten. Der Verein hat am 5. Januar d. J. dem Staatssekretär des Innern die Bescheide der obersten Finanzbehörden in Preußen und Wessen-Darmstadt eingereicht, worauf die Antwort noch ausbleibt. Der Verein ist Mitglied des neu gegründeten „Deutschen Verbandes für die Materialprüfung der Baugewerke“ geworden. Nach einer Reihe geschäftlicher Angelegenheiten hat der Verein in die Beratung technischer Fragen ein-

— In der Nr. 45 des „Vorwärts“ vom 23. d. Mts. findet sich unter der Spitzmarke „zum neuen sozialpolitischen Kurs“ eine Notiz, in welcher aus dem Umstande, daß der Unterstaatssekretär Lohmann die Sitzung der Kommission für Arbeiterparität am 20. d. Mts. nicht geleitet hat, der Satz gezogen wird, daß „selbe sei von den Verhandlungen „ferngehalten worden“. Hierzu ist zu bemerken, daß der Unterstaatssekretär Lohmann von der Leitung der letzten Kommissionsberatungen aus dem Grunde abgetreten hat, weil in der erwähnten Sitzung den einzigen Gegenstand der Tagesordnung die Feststellung des von der Kommission an den Herrn Reichsanwalt zu ersuchenden Berichts über die Ergebnisse der Untersuchung bezüglich der Arbeitsverhältnisse in der Steiner- und Wälschenseifensiederei, und weil Herr Lohmann es für richtig gehalten, daß diese Verhandlungen von demjenigen geleitet würden, welcher bei der Befassung der Kommission über die Ergebnisse der Untersuchung, also bei den Verhandlungen, die die Unterlage für den Bericht gebildet haben, den Vorsitz geführt hatte. Diesen letzteren Verhandlungen hatte bekanntlich Herr Lohmann wegen anderweitigen dringender Dienstgeschäfte fernbleiben müssen. Der Direktor im Reichsamts des Innern, Dr. v. Boeckhe, welcher in Vertretung des Unterstaatssekretärs Lohmann die letzteren Beratungen geleitet hatte, übernahm in Folge dessen auch den Vorsitz in der Sitzung vom 20. d. Mts. und gab der Kommission bei Beginn der Verhandlungen über die Gründe, aus welchen der Unterstaatssekretär Lohmann den Vorsitz nicht führe, die vorstehende Aufklärung. Durch den Abgeordneten Mostbauer, welcher der Sitzung beimohte, hätte sich der „Vorwärts“ über die Gründe unserer Auffassung verlässen können.

Wien, 24. Februar. Kaiser Franz Josef empfing heute Nachmittag den Grafen Soluchowski. Letzterer empfing den gemeinsamen Besuch des russischen Botschafters Grafen Kapnist und des neu ernannten russischen Gesandten in Kopenhagen Grafen Bendenborff.

Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Belgrad: Der zum serbischen Gesandten in Wien ausersehene bisherige Gesandte in Petersburg, Mihailowitsch, ist bereits für genehm erklärt worden. Zu dessen Nachfolger in Petersburg ist Sava Gruisich ausersehen.

**Peft, 24. Februar.** Von hiesiger maßgebender Stelle werden die Meldungen einiger Blätter, nach welchen Ungarn durch Einberufung von Reservisten und durch Pferdeankäufe Vorbereitungen zur Mobilisirung träge, auf das entschiedenste als unrichtig bezeichnet; alle diese Gerüchte seien lediglich auf das Sensationsbedürfniß der betreffenden Blätter zurückzuführen.

**Christiania**, 24. Februar. Nach einer Meldung des „Morgenbladet“ hatte Kaiser König Oskar um die Erlaubnis gebeten, eine von ihm neu entdeckte Halbinsel Sibiriens auf den Namen König Oskar's taufen zu lassen. Der König gab seine Einwilligung, falls die russischen Behörden zustimmen würden. Diese Zustimmung ist nunmehr erfolgt.

**Bulgarien.**  
Sofia, 24. Februar. Wie der „Mir“ zu berichten weiß, werden die bulgarischen Marines-Offiziere, welchen das französische Marineministerium die Theilnahme an einer Instruktionsfahrt an Bord der französischen Schulfregatte „Melpomene“ im Atlantischen Ozean gestattet hat, nach der Uebungsfahrt dem künftigen Reichsdienst in Cherbourg zugetheilt werden.

**Magdeburg, 23. Februar.** Der Streik der Hafenarbeiter ist noch kaum zweitägigig Dauer wieder beigelegt worden. Am Sonnabend fand eine Versammlung der streikenden Arbeiter statt in der auch drei Vertreter der städtischen Hafenverwaltung anwesend waren. Es kam zu einer Verständigung, in Folge deren für den Waggon Salpeter statt 3 Mark künftig 4 Mark gezahlt werden. Von der Hafenverwaltung wurde auch die Zusicherung gegeben, daß keinerlei Magdeburger Ordnungen eintreten sollen. Die Arbeiter verzichten vorläufig auf Erfüllung ihrer weitergehenden Wünsche, betreffend die Abschaffung des Akkordsystems und Einführung des Lohnsystems. Eine Kommission der Hafenarbeiter soll demnächst mit dem Magistrat in Unterhandlungen treten und eine anderweitige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erreichen suchen. Heute Morgen haben sämtliche Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

**London**, 24. Februar. Der Ausstand unter den Angestellten der Nordostbahn nimmt zu; der Passagierverkehr ist theilweise, der Güterverkehr zwischen Newcastle und Hartlepool gänzlich eingestellt.

Stettin, 25. Februar. Die Postbehörde hat neuerdings ihre Anstalten angewiesen, daß solche Briefe und Drucksachen, die in ihrer äußeren Form zusammengefaltete Telegramm-Ausstellungsformulare nachgebildet sind, als zur Postbeförderung durchaus ungeeignet zu erklären sind, weil die posttechnische Behandlung solcher Sendungen zu argen Unzuträglichkeiten Veranlassung geben würde. Es ist den Anstalten daher unterjagt worden, diese auf Senstation beim Empfänger deroequieten Nothwendig oder Drucksachen zu befördern. Vielmehr sind die Remter gehalten, derartige Sendungen an den Absender zurückzugeben.

— Der Finanzminister und der Minister des Innern haben auf eine Anfrage an den Generaldirektor des Vereins der musikalischen und literarischen Interessenten in Berlin einen Erlass wegen des Stempelzolls für Luftbarkeiten erlassen, welcher jetzt auch den Steuerbehörden zur Norm mitgetheilt ist. Danach sind alle der Ergründung und Unterhaltung dienenden Veranstaltungen und Vorrichtungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet, als Luftbarkeiten im Sinne der Tarifstelle 29 des Stempelsteuergesetzes anzusehen. Zu den Luftbarkeiten in diesem Sinne gehören daher auch die von den Kunst- und Badeverwaltungen vorwiegend zur Unterhaltung ihrer Kurgäste veranstalteten Konzerte, Theateraufführungen und sonstige Schaustellungen. Es ist aber für zulässig erachtet worden, für diejenigen Luftbarkeiten, welche von einzelnen Unternehmern auf demselben Orte an auf demselben folgenden Tagen während längerer Zeiträume dargeboten werden, z. B. für mehrwöchige theatralische Vorstellungen einer Schauspielergesellschaft in einer Stadt, nur eine Genehmigung zu erteilen, und zwar auch dann, wenn während des Zeitraumes, für welchen die Genehmigung gewährt ist, an dem einen oder dem anderen Tage zeitweilige Unterbrechungen eintreten. Hiernach ist es unter den angegebenen Voraussetzungen statthaft, die Verantwortung für Konzerte, Theateraufführungen u. s. w. für die ganze Dauer der Saison oder Badesaison durch eine nur mit 150 Mark zu vertheuernde Genehmigung zu gestalten, sofern es nach den landesrechtlichen Bestimmungen einer ortspolizeilichen Genehmigung bedarf. Werden außerdem Tagvergnügen (Pensions-) veranstaltet, so bedarf es für jede einzelne Tagluftbarkeit einer besonderen Genehmigung, welche mit je 150 Mark zu vertheuern ist.

Die Berliner Hotelbesitzer wollen die von dem Komitee für den Festzug am 23. März aus ganz Deutschland geladenen Ritter des Eisernen Kreuzes 1. Klasse sowie die Inhaber des Militär-Ehrenzzeichens 1. Klasse und des Goldenen Verdienstkreuzes aus den Jahren 1864/66 von Feldwebel abwärts uneingeschränkt bei sich aufnehmen. Hofmeister A. Mühling hat sich erbötet, für diese hundertjährigen Ehrengäste und den Vorstand der Hundertjahrfeier am 22. März ein Festessen zu veranstalten.



Griechenland anzunehmen, da eine Verbesserung des jetzigen Zustandes unmöglich sei. Ebenso haben die Türken von Skandia das Verlangen ausgesprochen, mit Griechenland vereinigt zu werden.